



Band 10. Ein Deutschland in Europa 1989 – 2009  
Kommunalpolitik in Halle (29. Mai 1994)

In dem Interview des Deutschlandfunks mit dem Oberbürgermeister von Halle, Klaus Rauen, der vorher als Stadtdirektor in Bonn tätig war, werden die Probleme der Kommunen im Osten Deutschlands angesprochen. Zu diesen Problemen gehören der Verlust von Einwohnern, Schwierigkeiten der Finanzierung und hohe Personalaufwendungen.

---

### Interview mit dem Oberbürgermeister von Halle

*Das folgende Gespräch mit Klaus Rauen, CDU, Oberbürgermeister von Halle, sendete der Deutschlandfunk am 29. Mai 1994 als Interview der Woche. Die Fragen stellte Gerd Breker.*

**DLF:** Letzten Monat, meine Damen und Herren, haben die Mitglieder des Deutschen Städtetages in einem dramatischen Manifest zur Rettung der deutschen Großstädte aufgerufen. Sie beklagen Wohnungsnot, wachsende Kriminalität und ansteigende Finanznot. Wir wollen uns heute über die Probleme einer ostdeutschen Großstadt informieren. Klaus Peter Rauen, Sie sind Oberbürgermeister der größten Stadt Sachsen-Anhalts, der Saale-Stadt Halle; Sie sind Mitglied der CDU. Herr Rauen, Halle hatte 1990 rund 320 000 Einwohner. Sind es die noch, oder hat die Abwanderung in den Westen die Einwohnerzahl Halles gesenkt?

**Rauen:** Wir haben leider nur noch 300 000, ungefähr, d. h. also, wir haben 20 000 Einwohner verloren, wobei der größte Anteil dieses Einwohnerverlustes auf die unmittelbare Nachwendezeit zurückgeht, wo natürlich ein sehr abrupter Abfluß von Menschen stattgefunden hat, und diese Entwicklung ist aber noch nicht vollkommen zum Stillstand gekommen, nur, es ist kein Strom mehr, sondern es tröpfelt, und das kann beruhigen. Es ist aber nicht nur die Abwanderung, die uns Sorgen macht, sondern die Zahlen, die Einwohnerzahlen können dann richtig verstanden werden, wenn man weiß, daß auch die Geburtenrate sich halbiert hat, d.h. also, wir haben einen Sterbeüberhang. Es werden viel weniger Kinder geboren, und es sterben wegen der stärkeren Altersjahrgänge mehr Leute, so daß sich auch von daher ein Minussaldo ergibt. Es kommt also diese negative Bevölkerungsentwicklung mit der Abwanderung zusammen, und das führt dann insgesamt zu Verlusten, die in Halle nicht überproportional sind; in anderen Großstädten liegt das ähnlich.

**DLF:** Herr Rauen, Sie persönlich sind vor vier Jahren von Bonn am Rhein – Sie waren dort Stadtdirektor – an die Saale gekommen. Sie kennen also die kommunalen Schwierigkeiten West wie Ost. Wenn Sie sich an ihren ersten persönlichen Eindruck erinnern: Was war das herausragend andere im Osten im Vergleich zum Westen?

**Rauen:** Ich will es mal ganz nüchtern sagen. Es war der katastrophale Zustand der Städte, was Infrastruktur, was Gebäudezustand, was Industrie- und Gewerbezustand anging. Ich habe jetzt nicht auf die psychologischen Faktoren hingewiesen, die sicherlich bei diesem Unterschied, wenn man die Menschen betrachtet, auch noch ins Gewicht fallen. Ich will einfach nur mal diese äußeren Zustände schildern. Wenn – wie z. B. in Halle – in einer durch den Krieg relativ wenig zerstörten Stadt in der Innenstadt 11 000 Wohnungen unbewohnbar leerstehen, als ein schreckliches Erbe der DDR, dann wird daraus deutlich – das entspricht etwa einer Wohnbevölkerung von 35 000 bis 40 000 Leuten –, daß diese Städte in einem Maße gelitten haben, das man sich im Westen kaum vorstellen kann. Und wenn man weiß, daß die Infrastruktur – um nur ein Beispiel zu nennen – etwa einen Aufwand im Bereich der Abwasseranlagen für eine Stadt wie Halle allein über zwei Milliarden ausmacht, um z.T. nicht vorhandene Kanalisation zu schaffen, um Kanalisation zu reparieren, um völlig unzureichende Abwasseraufbereitungsanlagen herzustellen, dann wird vielleicht an diesen Beispielen deutlich, wie schwer der Kern der Städte getroffen ist und wie schwer es diese Städte haben, nun wieder einigermaßen Anschluß zu finden an ihre westlichen Partner.

**DLF:** Sie haben die hohen Kosten einer Kommune schon angesprochen. Lassen Sie uns zur Finanzsituation grundsätzlich kommen, und zwar zur Einnahmeseite der Städte. Das Wirtschaftsforschungsinstitut hier in dieser Stadt hat für das Jahr '92 die Einnahme ostdeutscher Städte an der Gewerbesteuer beziffert auf 8 % dessen, was im Westen eingenommen wird. Das Institut hat ausgerechnet, daß der Anteil an der Einkommensteuer für die Kommune im Osten bei 26 % von dem liegt, was im Westen eingenommen wird, und selbst bei der ertragsunabhängigen Grundsteuer kommen die Städte in Ostdeutschland lediglich auf die Hälfte des Westniveaus. Können Sie den Trend für Ihre Stadt bestätigen, und was bedeutet das eigentlich für die kommunale Selbstverwaltung angesichts dieser minimalen Einnahmen?

**Rauen:** Sie kommen auf einen entscheidenden Punkt zu sprechen. Ich will versuchen – Sie haben mich ja als Wanderer zwischen zwei Welten apostrophiert –, Ihnen das deutlich zu machen. Ich nehme ruhig einmal die Beispiele Bonn und Halle, weil sie sich hervorragend eignen, die Unterschiede deutlich zu machen. Beide Städte sind fast identisch in der Einwohnerzahl, beide Städte unterscheiden sich aber in ihrer Struktur. Bonn ist – wie Sie wissen – ein Standort mit außerordentlich vielen Behörden und Dienstleistungen, das sind – was die Bundesbehörden angeht – alle Institutionen, die keine Gewerbesteuer zahlen, und damit ist Bonn eine relativ gewerbesteuer schwache Stadt. Halle ist eine sehr stark von Industrie und Gewerbe geprägte Stadt gewesen, immer gewesen, und mußte deswegen ja einen besonders hohen Anteil aus gewerblich erwirtschafteten Steuern haben. Genau das Umgekehrte ist der Fall: Bei der gleichen Einwohnerzahl hat die Stadt Bonn – wo ich ja auch einmal Kämmerer gewesen bin, ich nehme jetzt einmal einen Annäherungswert aus dem Jahre 1992 – etwa 250

Millionen Gewerbesteuer eingenommen, und die Stadt Halle hat in dieser Zeit 16,8 Millionen Gewerbesteuer eingenommen. Inzwischen haben natürlich auch die westdeutschen, süddeutschen Städte Einbußen hinnehmen müssen, weil die Konjunkturschwäche sich auch bei ihnen niedergeschlagen hat, aber gleichwohl – wenn ich einmal die Quote in Bonn nehme – die mir jetzt nach dem letzten Stand '94 nicht im einzelnen bekannt ist –, wenn ich davon ausgehe, daß dieser Stand von 250 Millionen in etwa geblieben ist, dann haben wir hier inzwischen ein Anwachsen auf etwa 24 bis 25 Millionen. Sie sehen, es ist also eine krasse Verzerrung. Und wenn wir jetzt die Beteiligung an der Einkommensteuer nehmen, da haben wir natürlich in Bonn ein überdurchschnittliches Einkommen der Bevölkerung, und hier ein leicht überdurchschnittliches Einkommen der Bevölkerung in den neuen Bundesländern, insofern gibt es durchaus wieder Vergleichsmöglichkeiten. Und wir haben in Bonn wiederum etwa eine Größenordnung von 250 Millionen DM Anteil Einkommensteuer, und in Halle liegt das bei 50. D.h. also, im einen Falle ein Fünftel, im anderen Falle ganz kleine Bruchteile, und wenn Sie das jetzt über alles rechnen, damit der Hörer sich eine Vorstellung machen kann, dann kommen Sie etwa zu einem Anteil von 25 % Eigenfinanzierung der Städte in den neuen Bundesländern, d.h. also mit anderen Worten, 75 % müssen ausgeglichen werden durch Leistungen Dritter, und dies sind Leistungen des Landes, und da die neuen Bundesländer ebenfalls arm sind, ist hier der Zahlmeister in erster Linie der Bund, sprich der Steuerzahler in Gesamtdeutschland. Ohne diese substantielle Hilfe sind natürlich diese Städte überhaupt nicht in der Lage, Selbstverwaltung zu betreiben. Ich brauche Ihnen angesichts der eben genannten Zahlen – also einer Lücke von 75 % – das Desaster, das entstehen würde, wenn das nicht ausgeglichen würde, überhaupt nicht zu beschreiben. Man muß aber auch gleich hinzufügen, nur wenn man sich diese Zahlen einmal wirklich ganz bewußt macht, kann man die ungeheure Bedeutung dessen erkennen, was wir mit einem verkürzten Schlagwort „Solidarpakt“ nennen, denn dieser Solidarpakt ist ja sozusagen die Finanzierungsgarantie für die Defizite, die in den ostdeutschen Städten und in den ostdeutschen Ländern vorhanden sind. Hier wird also nur mit dieser gigantischen Transferleistung aus dem Steueraufkommen in den westlichen Bundesländern ein Ausgleich erzielt, und daß dies natürlich zu Einbußen bei den west- und süddeutschen Städten, bei den Ländern im Westen führt, damit aus dieser Transferleistung dann hier eine entsprechende Annäherung an den Weststandard allmählich erreicht werden kann, das führt zwangsläufig zu Mißstimmungen auf der einen und aber auch zu Unzufriedenheit auf der anderen Seite, und das ist vielleicht auch ein bißchen unser deutsches Problem. Aber die generelle Lösung, die man gefunden hat, ist eine ganz große politische Leistung, und das muß man immer wieder sagen, das muß man auch den Menschen hier sagen, die das noch nicht begriffen haben, weil dieser Begriff „Solidarpakt“ vielleicht für sie noch nicht genug mit Inhalt gefüllt ist.

**DLF:** Nun wird ja demnächst die Finanzierung – auch der ostdeutschen – Kommunen durch den ganz normalen, sag' ich mal, Länderfinanzausgleich geschehen. Was wird denn das für die Städte bedeuten? Haben sie dann garantiert eine Finanzierung auf längere Frist, oder wie läuft das ab?

**Rauen:** Also, wir müssen zwei Problemkreise unterscheiden. Es gibt also einmal den Länderfinanzausgleich, den Ausgleich zwischen starken und schwachen Ländern. Und es gibt

dann den Finanzausgleich zwischen den Städten und dem Land, Städten und Gemeinden und dem Land. Beides hängt deshalb zusammen, weil es alles aus der gleichen Quelle gespeist wird, nämlich aus den Steuereinnahmen. Und da man alles nur einmal verteilen kann, wird natürlich die enorme Aufgabenansammlung auch bei den Ländern zu einer Verschärfung des Verteilungskampfes führen. Wir möchten natürlich einen möglichst großen Batzen – da sind wieder alle Städte gleich, in Ost und in West – von den jeweiligen Ländern. Die Länder wollen möglichst viel für sich behalten. Das ist der normale Ausgangszustand, wie er immer da ist, wenn einer mehr hat und der andere weniger und ein Ausgleich zustande kommen soll. Aber was eben hier besonders belastend ist, ist, daß die Aufgaben bei Ländern und Gemeinden ungleich größer sind als in den vergleichbaren westlichen Ländern und Städten. Der Standard, der dort über 40 oder 45 Jahre erreicht worden ist, hat jetzt bereits ein Niveau erreicht, das hier nur allenfalls im Traum vorstellbar ist. Und da die Menschen nun nicht ewig warten wollen, und da sie sich sagen, wir sterben ja auch, und was nützt es uns, wenn uns das, was an Wohltaten aus dem Westen kommt in 20 Jahren erreicht, denn dann sind wir tot, und dann haben wir nichts mehr davon, führt zu dieser Grundstimmung der Unzufriedenheit, wenn man der einen Seite das seinerzeit so vorgestellte westliche Paradies, das inzwischen auch ein paar weniger schöne Aspekte bekommen hat, vor Augen hat, und auf der anderen Seite das Desaster in der eigenen Wohnregion, in der eigenen Stadt, in der eigenen Gemeinde miterlebt.

**DLF:** Nun hat die Deutsche Bundesbank quasi als Antwort auf das Manifest des Deutschen Städtetages den ostdeutschen Kommunen vorgeworfen, daß ihr Personalanteil viel zu hoch sei, daß die Kosten an den Verwaltungshaushalten, was Personalkosten anbelangt, nicht stimmig seien, daß die reduziert werden müssen.

**Rauen:** Die generelle Aussage stimmt oder hat zu einem großen Teil gestimmt. Ich will Ihnen das auch wieder an dem Beispiel Bonn – Halle deutlich machen. Ich war auch in Bonn eine Zeitlang Personaldezernent, und dort ist ein Personalkörper – was jetzt die reine Verwaltung angeht – etwa von 5 500. Als ich nach Halle kam, habe ich dort einen Personalkörper von 13 000 vorgefunden, immer gesagt bei einer gleichgroßen Stadt. Und bei einer Stadt, die in DDR-Zeiten natürlich ungleich weniger Zuständigkeiten hatte, als dies in einer west- oder süddeutschen Stadt der Fall ist. Wir haben inzwischen rund 4500 Mitarbeiter abgebaut, d.h. also, wir haben dieses Mißverhältnis das die Bundesbank zu Recht aufspießt, erkannt, und wir haben es nicht nur erkannt, sondern wir sind es zielstrebig angegangen, und dies ist natürlich ein schweres Geschäft, 4500 Menschen sind eine ganze Menge, und einen Teil davon in die Arbeitslosigkeit zu entlassen, ist für die Handelnden auch eine schwere psychische Last, die sie da zu tragen haben. Es geht im wahrsten Sinne des Wortes nicht ohne Tränen und auch nicht ohne heftige öffentliche Diskussionen ab. [ . . . ]

Quelle: „Interview mit dem Oberbürgermeister von Halle“, *Deutschland Archiv* 27, Nr. 7 (1994), S. 781 ff. Abdruck mit freundlicher Genehmigung des *Deutschland Archivs*.